

## **SDA-Bulletin**

## Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 12. Juli 2021

Der Kantonsrat hat ein neues Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2019–2025 gewählt (KR-Nr. 3/2021).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von SVP, FDP und GLP zur Bürobedarfsplanung des Kantons mit 90 Stimmen für dringlich erklärt (<u>KR-Nr. 253/2021</u>). Mit dem Postulat wird eine Neubeurteilung der Bürobedarfsplanung nach der Covid-19-Pandemie gefordert.

Der Kantonsrat hat den Bericht der Subkommission «Notstandsmassnahmen Corona-Pandemie» zur Kenntnis genommen (<u>KR-Nr. 109/2021</u>). Gemäss diesem war der Kanton Zürich zwar ungenügend auf die Corona-Pandemie vorbereitet, ist aber trotzdem insgesamt gut durch die erste Phase der Pandemie im Frühjahr 2020 gekommen.

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates mit 162 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt (5701).

Der Kantonsrat hat den Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle des Kantons Zürich ohne Gegenstimme genehmigt (<u>KR-Nr. 225/2021</u>).

Der Kantonsrat hat den Rechenschaftsbericht 2020 des Obergerichts mit 152 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt (<u>KR-Nr. 155/2021</u>).

Der Kantonsrat hat den Rechenschaftsbericht 2020 des Verwaltungsgerichts mit 147 zu zwei Stimmen genehmigt (<u>KR-Nr. 156/2021</u>).

Der Kantonsrat hat den Rechenschaftsbericht 2020 des Sozialversicherungsgerichts ohne Gegenstimme genehmigt (<u>KR-Nr. 157/2021</u>).

Der Kantonsrat hat in einer I. Sammelvorlage mehrere Nachtragskredite für das Jahre 2021 genehmigt (<u>5711</u>). Unter anderem ging es um knapp 21 Millionen Franken für Ausfallentschädigungen für Kulturschaffende.

Der Kantonsrat hat Betriebsbeiträge an den Kunstverein Winterthur, das Swiss Science Center Technorama und die Zürcher Filmstiftung genehmigt (5719).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von GLP, SP und EVP zur Anschubfinanzierung für Tagesschulen mit 85 Stimmen vorläufig unterstützt (<u>KR-Nr.</u> 369/2020). Der Vorstoss wird nun einer Kommission zugewiesen, welche Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative der SVP die vorläufige Unterstützung verweigert, mit der die Aufhebung der Anonymität abweichender Meinungen von einzelnen Richterinnen und Richter gefordert wurde (KR-Nr. 370/2020).

(sda)